

Volksbegehren steht vor der Tür

TRÄGER SUCHEN UNTERSTÜTZER FÜR INITIATIVE

In Deutschland gibt es viel zu wenig Kinder. Nicht zuletzt wegen der jüngsten alarmierenden Zahlen über die Entwicklung der Bevölkerung gehen engagierte Eltern gegen die sogenannte Thüringer Familienoffensive vor. Nur noch Feinkorrekturen sind an dem Gesetzentwurf nötig, den der Trägerkreis des Volksbegehrens „Für eine bessere Familienpolitik in Thüringen“ der Öffentlichkeit vorstellte. Karin Senf, Leiterin des Arbeitskreises Erzieherinnen von verdi Thüringen und Peter Häusler vom Vorstand des Trägerkreises standen der Presse Rede und Antwort. Diese erkundigte sich intensiv über das weitere Vorgehen und insbesondere nach dem Zeitplan. Schon im Mai dieses Jahres könnte laut Häusler die Sammlung der ersten 5000 Unterschriften starten, dann folge die Überprüfung des Gesetzentwurfes durch die Landtagspräsidentin. Nicht ausgeschlossen sei, dass schon in dieser Phase das Thüringer Verfassungsgericht eingeschaltet werde, um die Rechtmäßigkeit des Anliegens zu überprüfen, sagte Häusler. Er hoffe, dass sich die Landesregierung dieser Blamage nicht hin-

gebe. Schließlich solle noch im Sommer die zweite Runde, die Sammlung von etwa 220 000 Unterschriften starten.

Knackpunkt in dem Gesetzentwurf dürften die Zahlen sein, wie während der Pressekonferenz deutlich wurde. Schwebt über sämtlichen Bemühungen des Bündnisses - vor allem über allen Plänen, die finanziell relevant sind - immer das Damoklesschwert des sogenannten Haushaltsvorbehaltes. Sprich: Finanzielle Umschichtungen, die den Landeshaushalt unmittelbar betreffen, darf das Bündnis nur in minimalem Umfang vornehmen. In diesem Zusammenhang dürften vor allem die künftig wieder bessere Finanzierung der Kindertagesstätten sowie das geplante kostenfreie letzte Kindergartenjahr vor der Einschulung sein. Die Mehrkosten, die durch die Umschichtungen entstehen, würden gerade einmal etwa 20 Millionen Euro betragen. Finanziert werden soll es unter anderem mit der Abschaffung des gerade erst eingeführten Landeserziehungsgeldes sowie der Auflösung der umstrittenen Stiftung Familiensinn.

Gelbes Banner für Volksbegehren



Mit einer unkonventionellen Aktion machte die SPD-Fraktion am „Aktions-tag gelbes Bändchen“ im Vorfeld des anstehenden Volksbegehrens „Für eine bessere Familienpolitik in Thüringen“ auf sich aufmerksam: Christoph Matschie und Birgit Pelke entrollten an der Vorderfront des Landtagsgebäudes ein gelbes Transparent mit der Aufschrift „Kitas sichern - Volksbegehren jetzt“. Etwa zwei Stunden blieb das Banner hängen. Dann sorgte die Landtagsverwaltung dafür, dass das Transparent entfernt wurde: Die Hausordnung verbiete solche Aktionen.

Gemeinsamer Antrag gegen Extremismus

Nach mehreren Anläufen hat der Landtag im letzten Plenum einen gemeinsamen Antrag aller Fraktionen gegen Extremismus und Gewalt verabschiedet. Zwar wurde die Intention der Sozialdemokraten, den Kampf gegen den Rechtsextremismus in den Mittelpunkt zu stellen, damit ein Stück weit verwässert. Christoph Matschie betonte dessen ungeachtet die Chancen

des gefundenen Konsens: „Wenn wir in Thüringen dennoch eine klare Grenze für Extremisten und Neonazis aufzeigen wollen, brauchen wir einen langen Atem.“ Der Antrag sieht unter anderem einen jährlichen Bericht der Landesregierung über Rechtsextremismus und Gewalt sowie den Ausbau der Landesstelle für Gewaltprävention zur Beratungsstelle vor.

Fraktion will
Bürgerrechte sichern

Seite 2

Beamtenpensionen
steigen weiter

Seite 3

Ehrlich-Strathausen greift Arenhövel an

Heuchelei wirft Antje Ehrlich-Strathausen der Gleichstellungsbeauftragten der Landesregierung, Johanna Arenhövel, vor. Arenhövel erwecke via Presse den Eindruck, als seien ihr Frauenhäuser und deren Beratungsangebote wichtig, in der Realität jedoch tue sie alles, um deren Existenz zu beschneiden.



Antje Ehrlich-Strathausen

Ehrlich-Strathausen verweist darauf, dass auf Arenhövels Betreiben hin zehn Frauenhäuser und Frauenschutzwohnungen in Thüringen in den vergangenen Monaten geschlossen worden seien. Die Landesförderung sei von ca. 1,6 Mio. Euro auf ca. 1 Mio. Euro gekürzt worden. Auf ausdrückliches Betreiben der Gleichstellungsbeauftragten sollen selbst diese Mittel nochmals um ca. ein Drittel gekürzt werden. „Bei den Trägern der Frauenhäuser und den Kommunen weiß im Moment niemand, wie die weitere Arbeit gesichert werden soll - das ist die bittere Realität“, betont die frauenpolitische Sprecherin der Fraktion.

Während Arenhövel für Verunsicherung in den Einrichtungen Sorge und sich in den parlamentarischen Gremien als Verfechterin immer neuer Kürzungen herausstelle, versuche sie offenbar die Öffentlichkeit über die wahren Absichten der Landesregierung zu täuschen. „Das werden wir in der Debatte der Landtagssitzung so nicht durchgehen lassen“, kündigt die Frauenpolitikerin an. Die Gleichstellungsbeauftragte solle in Anbetracht der vorliegenden Zahlen endlich die wichtige Arbeit der Frauenhäuser zur Kenntnis nehmen und die im Haushalt bereitstehenden Mittel ohne jede Kürzung auszahlen.

Bestehende Schieflage beseitigen

SPD-FRAKTION WILL BÜRGERRECHTE NICHT SICHERHEIT OPFERN

Die SPD-Fraktion will die umstrittenen Thüringer Sicherheitsgesetze auf Vordermann bringen. Die Sicherheit der Bürger kann umfassend gewährleistet werden, ohne ihre Freiheitsrechte einzuschränken.

Seit zwei Jahren ignoriere die Landesregierung zahlreiche Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts, bemängelte Fraktionsvorsitzender Christoph Matschie bei der



Heiko Gentzel

Pressekonferenz zur Vorstellung des Gesetzesentwurfes. Beispielsweise stimmten die Thüringer Sicherheitsgesetz nicht mit den Beschlüssen des Bundesverfassungsgerichts zum so genannten „großen Lauschangriff“ überein. Da die Landesregierung offenbar keinen Handlungsbedarf sehe, die Sicherheitsgesetze zu überarbeiten, wolle die SPD-Fraktion jetzt „Tempo machen“. Im zurückliegenden Plenum hat sie deshalb einen eigenen Gesetzesentwurf vorgelegt. Er entstand unter Mitarbeit von Thomas Notzke von der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristen (ASJ) sowie unter rechtswissenschaftlicher Beratung von Prof. Dr. Manfred Baldus von der Uni Erfurt.

SPD-Innenpolitiker Heiko Gentzel erläuterte weitere Einzelheiten der Novelle. Durch die Erneuerung des Thüringer Polizeiaufgabengesetzes (PAG) und des Thüringer Verfassungsschutzgesetzes (ThürVSG) hätten die Polizisten wieder klare Handlungsrichtlinie, ohne die Freiheitsrechte der Bürger unnötig einzuschränken. Nur wenn eindeutig definiert sei, was zum „Kernbereich privater Lebensgestaltung“ zähle, sei gewährleistet, dass dieser unangetastet bliebe, so Gentzel.

Nicht umsonst bedürfe es einer richterlichen Anordnung, um in diesen privaten Bereich einzudringen. Klar definiert sei im Gesetzesentwurf der SPD-Fraktion auch, wann Telefon oder Wohnräume von Bürgern überwacht werden dürfen. Bei Geistlichen, Ärzten und Journalisten seien Überwachungsmaßnahmen ohnehin nur eingeschränkt möglich.

Ein weiterer wichtiger Punkt in dem Gesetzesentwurf beschäftige sich mit den Rechten und Pflichten des Landesamtes für Verfassungsschutz. Anders als derzeit, solle es künftig nicht mehr mit der Beobachtung und Bekämpfung von organisierter Kriminalität beschäftigt sein. Dies sei eine klassische Aufgabe der Polizei.

Umfangreiche Änderungen hält der Gesetzesentwurf auch beim Thema Parlamentarische Kontrollkommission (PKK) bereit. Nach dem Willen der SPD-Fraktion soll sie künftig entscheiden, ob eine Beobachtung von Abgeordneten erlaubt sei oder nicht. Generell solle die Kontrollfunktion der PKK stärker gefestigt werden. Falschaussagen oder unvollständige Aussagen gegenüber der PKK können laut Gesetzesentwurf künftig empfindliche Strafen nach sich ziehen. „Das kann Gefängnis bis zu zwei Jahre heißen“, kommentierte Heiko Gentzel die Höhe des Strafmaßes.

Sollte das von der SPD-Fraktion gewünschte konstruktive Verfahren zur Erneuerung der Sicherheitsgesetze mit der Landesregierung nicht möglich sein, schließe man den Weg über das Bundesverfassungsgericht nicht aus, kündigte Christoph Matschie an.

Die Autorin Simone Schütze hat vom 1. bis 31. März dieses Jahres ein Praktikum in der Pressestelle der SPD-Fraktion absolviert. Sie studiert an der Friedrich-Schiller-Universität Jena Soziologie, Medienwissenschaften und Psychologie.

inform

Alle bisherigen Ausgaben des Magazins der SPD-Fraktion im Thüringer Landtag im Internet: www.spd-inform.de



ZITIERT

„Es ist nicht zu erwarten, dass sich australische Fans mit Gipskartonplatten und Fliesen eindecken möchten.“

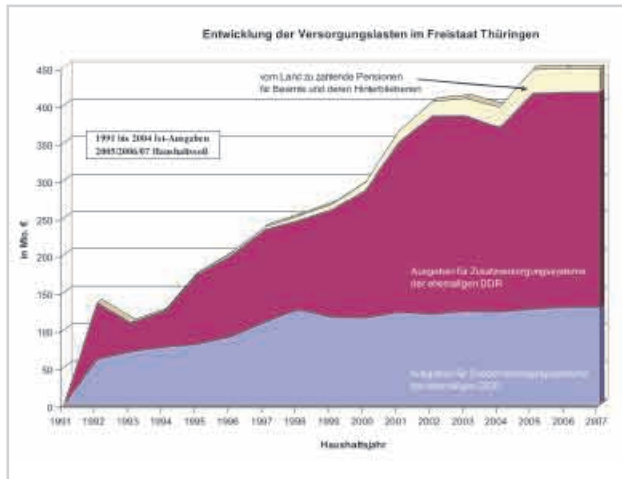
Der wirtschaftspolitische Hartmut Schubert in der Landtagsdebatte Anfang März um die von der CDU-Fraktion geforderten erweiterten Ladenöffnungszeiten während der Fußball-Weltmeisterschaft

Pidde fordert Vorsorge wegen steigender Beamtenpensionen

FINANZPOLITIKER WARNT VOR FOLGELASTEN FÜR KOMMENDE GENERATIONEN: JETZT GEGENSTEUERN

Der Finanzpolitiker Dr. Werner Pidde forderte die Landesregierung auf, für jeden neu eingestellten Beamten eine Rücklage zu bilden. Dafür sollten 25 Prozent seiner Bezüge aufgewendet werden. Allein im Jahr 2004 habe das Land 27 Millionen Euro für Pensionen zahlen müssen, so der finanzpolitische Sprecher der Fraktion. Er verwies darauf, dass die Zahl der Pensionierungen in den nächsten Jahren weiter steigen werde. Im Jahr 2018 werde der Spitzenwert der zu zahlenden Pensionen in Thüringen erreicht. In Thüringen gibt es zurzeit 31 000 Beamte.

Durch die in der Vergangenheit erfolgten umfangreichen Verbeamtungen von Ministeriumsangestellten und Lehrern hat die Thüringer Landesregierung dem Landes-



haushalt nur kurzfristige Entlastung verschafft. Nun steuere sie finanzpolitisch schnurstracks in die „Pensionslasten-Falle“, kritisierte er.

Von 1990 bis heute sei in Thüringen zu

unkritisch mit dem Instrument der Verbeamtung umgegangen worden, so Pidde anlässlich einer Pressekonferenz zu diesem Thema. Verbeamtungen seien als kurzfristig realisierbare Einsparmöglichkeiten gesehen worden, ohne die Folgelasten für künftige Generationen zu beachten. Anders sei dies in Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern: Hier habe man ganz oder teilweise auf die Verbeamtung von Lehrern verzichtet.

Pidde kündigte an, dass die Fraktion ihre Forderungen demnächst in den Landtag einbringen werde.

Die Landesregierung solle dann bis September ein Konzept vorlegen, wie die von der SPD-Fraktion vorgeschlagene Kapitaldecke gebildet werden kann.

Arbeitskampf in Thüringen: Matschie ruft Althaus zu Mäßigung auf

PELKE KRITISIERT UMGANG MIT STREIKENDEN IN LANDESBEHÖRDE

Thüringens Ministerpräsident Althaus trage mit seiner Blockade zur Verhärtung der Fronten im Tarifkonflikt bei, kritisierte Christoph Matschie. Der SPD-Fraktionsvorsitzende warnte vor einem Zerfall der Tarifgemeinschaft der Länder: Damit werde nicht nur die Ost-West-Angleichung aufs Spiel gesetzt, es würden auch schlechtere Bedingungen im öffentlichen Dienst der neuen Bundesländer zementiert. Bei der Anstellung von Lehrern oder Polizisten hätten die neuen Bundesländer dauerhaft das Nachsehen.

Matschie rief zugleich dazu auf, einen Kompromiss zu finden: „Sonst könnte sich der Arbeitskampf über Wochen hinziehen.“ Mit Blick auf die so genannte Behördenstrukturreform der Regierung Althaus und dem damit verbundenen vorgesehenen Abbau von ca. 7000 Stellen könne niemand mehr von sicheren Ar-

beitsplätzen in der Landesverwaltung sprechen.

Kurz zuvor hatte Birgit Pelke streikenden Mitarbeitern des Thüringer Landesrechnungszentrums einen Besuch abgestattet. Danach kritisierte sie die Landesregierung scharf: Diese versuche, die Frauen und Männer unter Druck zu setzen. Die Streikenden seien offenbar mit einem Auskunftsverbot gegenüber den Medien belegt worden. Dies zeige einmal mehr, dass die Landesregierung die Mitarbeiter von Landesbehörden offenbar als Untertanen betrachte, so Fraktionsvorsitzungsmitglied Pelke. „Das ist ein Versuch, grundgesetzlich garantierte rechtsstaatliche Prinzipien zu verbiegen und Arbeitnehmer widerrechtlich unter Druck zu setzen.“

In dem von der Leitung des Rechenzentrums verhängten Verbot, Kontakt zu den Medien aufzunehmen, sieht Pelke einen

Zusammenhang mit dem Agieren des Thüringer Ministerpräsidenten. Althaus versuche sich bundesweit als Vorreiter beim Eingriff in die Tarifautonomie zu profilieren, so Pelke. „Sowohl der Ministerpräsident und als auch seine Behördenleiter müssen begreifen, dass die Landesbediensteten für ihre Arbeitsplätze und Arbeitsbedingungen kämpfen. Es ist ihr gutes Recht, jedermann über die tatsächlichen Arbeitsbedingungen zu informieren und dafür zu streiken“, so Pelke.

IMPRESSUM

Herausgeber: SPD-Fraktion im Thüringer Landtag.
Jürgen-Fuchs-Straße 1, 99096 Erfurt
Telefon: (0361) 3 77 23 36; Fax: (0361) 3 77 24 17
Internet: www.spd-thl.de

V.i.S.d.P.: Uwe Höhn, Parlamentarischer Geschäftsführer;
Satz: Dirk Malewski; Druck: Druckerei Jäcklein, Erfurt
Redaktionsschluss: 04.04.06

„inform“ erscheint als kostenloses Mitteilungsblatt der SPD-Landtagsfraktion in einer Auflage von 6.500 Exemplaren.

Nicht für Partezwecke und Werbung!

Dumpinglöhne verhindern

VERGABEGESETZ IN LANDTAG EINGEBRACHT:
CDU-FRAKTION BREMST INITIATIVE AUS

Frauke Heiligenstadt, SPD-Landtagsabgeordnete und stellvertretende Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses im niedersächsischen Landtag, berichtete in der Fraktion über die Erfahrungen mit einem Vergabegesetz in Niedersachsen. Ein solches Gesetz war dort im Jahr 2002 noch unter der SPD-Regierung beschlossen und später in einigen Punkten von der CDU-Regierung geändert, aber beibehalten worden. Heiligenstadt verwies darauf, dass mittlerweile auch



Intensiv diskutierten Frauke Heiligenstadt von der niedersächsischen SPD-Landtagsfraktion und ihr Thüringer Kollege, der Arbeitsmarktpolitiker Walter Pilger.

Arbeitgeber in Niedersachsen die Einhaltung des Gesetzes anmahnten.

Walter Pilger, der das Gespräch für die Thüringer Sozialdemokraten moderierte, erläuterte, dass es vor allem in den Branchen Dienstleistung und Bau Dumpinglöhne gebe. Hier sehe die SPD-Fraktion einen Ansatzpunkt für ihr Vergabegesetz. Auftraggeber sollen künftig ein Kündigungsrecht erhalten, wenn Firmen sich nicht an das Tarifrecht halten.

Bereits im Sommer vergangenen Jahres hatte die SPD-Fraktion im Thüringer

Landtag ein so genanntes Vergabegesetz in den Landtag eingebracht. Nun stand der Gesetzentwurf erneut auf der Tagesordnung - und wurde von der Mehrheitsfraktion abgelehnt.

Mit einem Vergabegesetz sollen ausschließlich solche Unternehmen bei der Vergabe öffentlicher Aufträge berücksichtigt werden, die sich bei Angebotsabgabe verpflichten, tarifliche Bestimmungen einzuhalten.

Zu dem Gespräch waren auch Vertreter von Gewerkschaften eingeladen.

SPD-Fraktion für Verbesserungen bei Föderalismus-Reform

ÄNDERUNGEN IM BILDUNGSBEREICH NOTWENDIG

Verbesserungen bei der geplanten Föderalismus-Reform will die SPD-Fraktion erreichen. Mit einem Plenar Antrag fordert sie die Landesregierung auf, sich intensiv in den Bundesrat einzubringen und insbesondere bei den Punkten Bildung, Hochschule, Umwelt sowie Erwachsenen- und Jugendstrafvollzug, einschließlich der Untersuchungshaft, für Änderungen zu werben. Christoph Matschie hatte in der Vergangenheit wiederholt vor einer Zersplitterung von Zuständigkeiten und einer deutlichen Schwächung der gesamtstaatlichen Handlungs- und Entscheidungsfähigkeit ge-

warnt. Ziel müsse eine Gesetzgebung aus einem Guss, zum Beispiel beim Umweltrecht, sein. Verhindert werden müssten zudem 16 verschiedene Strafvollzugsgesetze - 12 ehemalige Justizminister hätten bereits gegen den „Unfug“ protestiert.

Im Zentrum des Antrages der Sozialdemokraten stehen unter anderem die Beibehaltung der gemeinsamen Bildungsplanung im Bund, der Erhalt der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung sowie die Fortführung der Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau. Die Sozialdemokraten wollen außerdem eine Erweiterung der Spielräume der Länder im Umweltschutz.

Kampf gegen löchrige Straßen mit Sofortprogramm

Deutschland hat einen langen Winter hinter sich, entsprechend hoch ist auch die Anzahl der Schlaglöcher auf den Straßen, verursacht durch den Frost. Die SPD-Landtagsfraktion fordert die Landesregierung auf, mit einem Sofortprogramm für die Reparatur der schlimmsten Schäden auf den Landesstraßen zu sorgen.

Die Fraktion wies in einem Antrag für das Plenum darauf hin, dass das im Doppelhaushalt 2006/2007 vorgesehene Geld nicht einmal für den Substanzerhalt der Straßen ausreicht. Dafür seien nach Angaben der Landesregierung 64 Millionen Euro im Jahr erforderlich - ein Ansatz, der derzeit bei weitem nicht erreicht werde.

Wenn die Landesregierung jetzt nicht mit einem Sofortprogramm gegensteuere, sei zu erwarten, dass sich der ohnehin mangelhafte Zustand der Landstraßen weiter verschlechtere.

Bürgersprechstunde mit Matschie



Andrang herrschte bei der Bürgersprechstunde mit Christoph Matschie am Stand der SPD-Fraktion auf der Thüringenausstellung. Vor allem ältere Leute warteten geduldig, um dem Fraktionsvorsitzenden ihre Sorgen und Wünsche vorzutragen oder einfach nur bei einer Tasse Kaffee zu plaudern. „Ach, da ist ja der SPD-Fraktionsvorsitzende! Ja, den kenn ich aus dem Fernsehen...“, war ein oft gehörter Kommentar von Messebesuchern, die den Stand passierten.